

Irmgard Freihoffer
Stadträtin DIE LINKE.Regensburg
Charles-Lindbergh-Str. 5
93049 Regensburg

DIE LINKE.

Richard Spieß
Stadtrat DIE LINKE.Regensburg
Janusstr. 7
93051 Regensburg

Regensburg, 24.06.12

Herrn
Bundestagsabgeordneten Peter Aumer
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Offener Brief: Aufruf, gegen den Fiskalpakt in der jetzigen Form zu stimmen

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Aumer,

wir haben große Sorge um die negativen Auswirkungen des Fiskalpakts auf die Kommunen und wenden uns deshalb als Mitglieder des Regensburger Stadtrats an Sie. Ein Brief gleichen Inhalts geht auch an die Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Thomas Gambke, Herrn Horst Meyerhofer und Frau Marianne Schieder sowie an die Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Franz Rieger, Frau Maria Scharfenberg und Frau Margit Wild.

1) Wir teilen ganz allgemein die von vielerlei Seiten geäußerte Kritik am Fiskalpakt. So lehnen auch wir die massive Einschränkung des Haushaltsrechts der nationalen Parlamente ab, was auch vom Bundesverfassungsgericht überprüft wird. Viele Kritiker sprechen unseres Erachtens zu Recht von einem Angriff auf die Demokratie. Zudem zwingt der Fiskalvertrag mit der einseitigen Konzentration auf die Ausgabenseite alle Länder zu einer Politik der Ausgabenkürzung. Die Folgen sind Sozialabbau, niedrigere Löhne im Öffentlichen Dienst und Privatisierung. Doch die Einnahmeseite, auf der das viel größere Problem liegt, bleibt völlig außer Acht. Hohe Einkommen und Vermögen werden weiter geschont. Gemeinsame Maßnahmen gegen Steuerdumping in der Europäischen Union und Steuerflucht – alles andere als ein ausschließlich griechisches Problem - bleiben aus.

Diese Logik des Fiskalpaktes, der den Schuldenabbau nicht über höhere und effektivere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, sondern ausschließlich über weniger Ausgaben erreichen will, ist fatal. In Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe b ist explizit festgeschrieben, dass die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung anhand einer „Analyse der Ausgaben“ erfolgen soll, nicht der Einnahmen. An verschiedenen Stellen des

Fiskalvertrages – insbesondere in Artikel 9 – verpflichten sich die Regierungen, die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu fördern. In den Augen der Europäischen Kommission bedeutet dies insbesondere Kostensenkung für Unternehmer. Eine Erhöhung der Gewinnsteuern oder Spitzensteuersätzen, die eine sozial gerechte Haushaltskonsolidierung ermöglichen würde, widersprächen diesem Denken. Hierzulande könnten Kostensenkungen für Unternehmen auch bedeuten, ihre Beiträge in unseren Sozialversicherungen zu senken. Dies hieße nichts anderes, als weniger Geld für Kranke, Rentner, Pflegebedürftige und Arbeitslose.

Wir zweifeln deshalb wie viel andere an der (makro-) ökonomischen Sinnhaftigkeit oder zumindest Ausgewogenheit des Vertrages. Der Münchener Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz schreibt zutreffend:

„Die Lehre aus der Weltwirtschaftskrise 1929 war, dass man in einer schweren Wirtschaftskrise durch forciertes staatliches Sparen zum falschen Zeitpunkt die Krise eher verschärft als lindert, weil es durch die Drosselung der staatlichen und privaten Nachfrage zu einer Spirale nach unten führt und nicht nur die Wirtschaft schrumpft, sondern auch die staatlichen Einnahmen und dadurch die Staatsschulden letztlich nicht sinken, sondern steigen.

Nichtsdestotrotz feiern seit 2010 neoliberale Krisenlösungs-Patentrezepte wieder fröhliche Urstände. Der Praxis-Test in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien seit 2010 beweist erneut, dass aus der Krise nur ein Herauswachsen hilft und nicht eine Austeritätspolitik, die zu einer Abwärtsspirale beim Wachstum und den Staatseinnahmen führt, den Sozialstaat untergräbt und die Schuldenkrise verschärft.“¹

Als Erinnerung sei angemerkt, dass es vor allem die nationalen Konjunkturprogramme waren, mit denen Deutschland im Jahr 2010 überraschend schnell aus der Wirtschaftskrise gekommen ist. Die Regeln des Fiskalpaktes würden diese offensive Konjunkturpolitik unmöglich machen. Deshalb warnen zahlreiche Ökonomen, darunter die Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz, vor den ökonomischen Folgen des Fiskalpaktes, der keine Probleme löst, sondern unsoziale Ausgabenkürzungen erzwingt.

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen, dürfen wir Ihnen versichern, dass es uns nicht darum geht, sich gegen gezielten Schuldenabbau oder für neue Schulden auszusprechen. Es geht darum, den Weg aus dem Krisendomino nicht einseitig über Ausgabenkürzungen bewältigen zu wollen. Bei 27.000 Milliarden Euro Privatvermögen in der Eurozone kann von Geldmangel doch wirklich keine Rede sein. Angesichts dieser beeindruckenden Zahl ist sowohl der Schuldenabbau, als auch die Finanzierung von Investitionen über alternative Strategien machbar. Auf den Prüfstand muss diesbezüglich die Staatsfinanzierung über freie Märkte, deren Spekulationscharakter die Zinsen notleidender Länder in die Höhe treibt und deren Finanzprobleme systembedingt verschärft.

Diese Alternativen werden durch den Fiskalpakt praktisch verworfen. Die vage Aussicht auf die notwendige Finanztransaktionssteuer ändert diese grundsätzliche Weichenstellung nicht. Wenn heute und in Zukunft durch die Ratifizierung des völkerrechtlichen Fiskalvertrags, das Sparen in der Rezession diese überwinden soll, so ist das wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

¹ Dr. Ernst Wolowicz, „Der Fiskalpakt oder die Dr. Eisenbart-Kur als Verfassungsauftrag?“ 8.06.2012, <http://forum-dl21.de/blog/index.php?blog=185>.

2) Des Weiteren wird der Fiskalpakt Städte und Gemeinden in ganz besonderer Weise angreifen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund führt hierzu aus:

„Die deutsche Schuldenbremse schreibt zwar dem Bund und den Bundesländern vor, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, nicht aber den Kommunen. Der Fiskalpakt differenziert hingegen nicht zwischen den staatlichen Ebenen. Er schreibt lediglich vor, dass der ‚gesamtstaatliche Haushalt‘ – also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammengerechnet – ein maximales Defizit von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweisen darf. Das heißt: Wenn die Bundesregierung neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des BIP aufnehmen will, wie es ihr die deutsche Schuldenbremse auch künftig erlaubt, dann bleiben nur noch 0,15 Prozent des BIP an möglicher Neuverschuldung für Länder, Kommunen und Sozialversicherungen übrig.

Schon heute haben die Kommunen immer weniger Geld, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das gilt insbesondere für die so genannten freiwilligen Aufgaben wie Kultur und Sport.

Doch damit nicht genug: Die deutsche Schuldenbremse sieht vor, dass der Bund erst ab 2016 seine Defizitgrenze einhalten muss und die Bundesländer bis zum Jahr 2020 Zeit haben, um ihre Neuverschuldung auf Null zu reduzieren. Diese Gnadenfrist fällt mit dem Fiskalpakt weg. Die Pflicht, das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit auf 0,5 Prozent des BIP zu senken, greift schon, sobald der Fiskalpakt Gültigkeit erlangt. Das heißt: Schon ab 2014 darf das gesamtstaatliche Defizit nur noch rund 13 Milliarden Euro betragen. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund warnt vor einer solchen ‚Vollbremsung‘: ‚Wir riskieren die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand.‘²

Der Sprecher des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Martin Lehrer, spricht das Problem „extremer Verteilungskämpfe“ in den nächsten Jahren an:

„Die Gefahr besteht, wenn der Bund seinen Haushalt sanieren will, dass er versucht, kostenträchtige Aufgaben auf die Länder abzuwälzen – und die Länder könnten dasselbe mit den Kommunen tun.“³

Diese Zwänge kritisiert auch der Deutsche Städtetag in deutlichen Worten und weist auf die außerordentlich dramatische Entwicklung hin:

„Der Fiskalpakt, über dessen Umsetzung die Bundesregierung derzeit mit der Opposition und den Ländern verhandelt, macht Vorgaben für Entschuldung und Haushaltsdisziplin. Diese Idee trage man mit, sagte der stellvertretende Präsident des Städtetags und Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU). ‚Wir wissen aber auch, wie das in der Bundesrepublik faktisch ablaufen wird: Da wird jeder Finanzminister sehr erfinderisch sein und kreativ Buch führen‘, fügte er hinzu. So sei zu befürchten, dass die Länder ihre Haushalte zu konsolidieren versuchten, indem sie Aufgaben und Lasten auf die Kommunen verlagern. ‚Da tickt eine Bombe‘, warnte Schaidinger. ‚Wir wollen darauf hinweisen, bevor sie explodiert.‘“⁴

² Klartext Nr. 20/2012 (Hrsg. DGB) vom 31.05.2012 „Fiskalpakt trifft auch deutsche Städte und Gemeinden“, <http://www.dgb.de/themen/++co++7b0629fe-ab13-11e1-47ad-00188b4dc422>.

³ Handelsblatt vom 17.06.2012, „Kommunen fürchten Fiskalpakt“, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/sparplaene-kommunen-fuerchten-fiskalpakt/6761840.html>.

⁴ Die Welt vom 20.06.2012, „Städtetag will Kommunen vor Schäden durch Fiskalpakt schützen“, <http://www.welt.de/newsticker/news3/article106640139/Staedtetag-will-Kommunen-vor-Schaeden-durch->

Das Deutsche Institut für Urbanistik sieht u. a. auch schon durch die Schuldenbremse verstärkt Probleme auf die Kommunen zukommen. Dabei können nach Ansicht des Instituts „überproportional steigende Sozialausgaben und die fehlende Möglichkeit Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, [...] zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale“ führen.⁵

Aber nicht nur finanzschwache Kommunen, auch eine reiche Stadt wie Regensburg schiebt einen Investitionsstau vor sich her. Schon jetzt in Zeiten sprudelnder Gewerbesteuer-einnahmen kann dieser nicht, wie es notwendig wäre, behoben werden. Viel drastischere Auswirkungen wären bei sinkenden Steuereinnahmen wie 2004 und 2009 zu erwarten. Der Fiskalpakt würde dann auch die Situation in Regensburg weiter verschärfen und viele Projekte akut gefährden. Dazu gehören z. B. die längst überfälligen Sanierungen an vielen Regensburger Schulen (z. B. wegen Schadstoffbelastung, maroder Bausubstanz), die Verwirklichung der einhäusigen FOS/BOS nach über vier Jahrzehnten mehrhäusiger Unterbringung in schadstoffbelasteten oder viel zu kleinen und lärmbelasteten Räumen, energetische Sanierungen bei vielen städtischen Liegenschaften, die Einführung eines schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs. Des Weiteren wäre vermutlich ein größerer Personalabbau bei der Stadt die Folge sowie stagnierende oder sinkende Einkommen kommunaler Bediensteter, was natürlich untere Einkommensgruppen wie beispielsweise Erzieherinnen ungleich mehr treffen würde.

Der Fiskalpakt in der jetzigen Form würde dann erst Recht wichtige Zukunftsinvestitionen wie in den öffentlichen Nahverkehr, in Schulen, Kindergärten, den Ausbau von Krippenplätzen, den Umwelt- und Klimaschutz, in Soziales, um nur einige zu nennen, regelrecht abwürgen.

Der Fiskalpakt darf so nicht beschlossen werden. Wir appellieren deshalb eindringlich an Sie als Bundestagsabgeordneter unserer Region, gegen den Fiskalpakt in der jetzigen Form zu stimmen, um damit einen möglichen Schaden von unserer Stadt abzuwenden. Sollten die Steuereinnahmen in Regensburg wieder rückläufig sein, so muss die Stadt dann weiterhin in der Lage sein, in wichtige Zukunftsaufgaben wie u. a. den Bau und die Sanierung von Schulen, die Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen, eine Stadtbahn und weitere Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz gegebenenfalls durch eine höhere Neuverschuldung zu investieren.

Mit freundlichen Grüßen

Irmgard Freihoffer

Richard Spieß

Verteiler:
Herrn Oberbürgermeister Hans Schaidinger
Mitglieder des Regensburger Stadtrats
Presse

[Fiskalpakt-schuetzen.html](http://fiskalpakt-schuetzen.html).

⁵ DIFU, Pressemitteilung vom 11.04.2012, „Finanzschwache Kommunen können keine ausreichenden Zukunftsinvestitionen tätigen“, <http://idw-online.de/de/news471814>.